

Unverkäufliche Leseprobe

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.



Internationale Konzerne hinterziehen Steuern, schädigen die Umwelt, verstoßen gegen Menschenrechte und diktieren den Politikern die Gesetzesvorlagen. Und das oft ganz legal. Doch damit nicht genug: Sie werden immer dreister, nutzen die Freiräume und Schlupflöcher immer hemmungsloser, eine neue Qualität der Ausbeutung ist erreicht.

In seinem neuen Buch zeigt Thilo Bode erstmals das ganze Bild dieser neuen Diktatur der Konzerne, in deren Würgegriff wir Bürger immer stärker geraten. Anhand zahlreicher Beispiele erklärt der unabhängige und leidenschaftliche »Anwalt der Bürger« anschaulich die Zusammenhänge und stellt klar: Die Macht der Konzerne lässt sich brechen – wir können unsere Souveränität zurückerobern.

Thilo Bode, geboren 1947, studierte Soziologie und Volkswirtschaft. 1989 wurde er Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland, 1995 von Greenpeace International. 2002 gründete er in Berlin die Verbraucherrechtsorganisation Foodwatch, die er heute leitet. Thilo Bode hat u. a. die Bücher »Die Demokratie verrät ihre Kinder« (2003), »Abgespeist« (2007) sowie »Die Essensfälscher« (2010) veröffentlicht. Zuletzt erschien der große Bestseller »TTIP – Die Freihandelslüge. Warum TTIP nur den Konzernen nützt – und uns allen schadet« (2015).

www.thilobode.de

Weitere Informationen finden Sie auf www.fischerverlage.de

Thilo Bode

Unter Mitarbeit von Stefan Scheytt

Die Diktatur der Konzerne

Wie globale Unternehmen uns schaden
und die Demokratie zerstören

FISCHER Taschenbuch

Aus Verantwortung für die Umwelt hat sich der S. Fischer Verlag zu einer nachhaltigen Buchproduktion verpflichtet. Der bewusste Umgang mit unseren Ressourcen, der Schutz unseres Klimas und der Natur gehören zu unseren obersten Unternehmenszielen.

Gemeinsam mit unseren Partnern und Lieferanten setzen wir uns für eine klimaneutrale Buchproduktion ein, die den Erwerb von Klimazertifikaten zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes einschließt.

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.klimaneutralerverlag.de



Erschienen bei FISCHER Taschenbuch
Frankfurt am Main, Juli 2021

© 2018 S. Fischer Verlag GmbH, Hedderichstr. 114,
D-60596 Frankfurt am Main
Redaktionsschluss der Originalausgabe: 6. Juli 2018

Gesamtherstellung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-596-70236-7

Inhalt

Vorwort 7

1. Die neue Macht 11

Konzerne außer Kontrolle 11 / Das Ende der Systemkonkurrenz 17 / Die Grenzen der Kartellpolitik 22 / Supermächte 25 / Wirtschaftliche Macht wird politische Macht 28

2. Der industriell-politische Komplex 33

Der »Drehtüren«-Mechanismus 35 / »Die Regierung in die Tasche stecken« 40 / Davos: Konzernideologie auf der Weltbühne 43 / Wie der industriell-politische Komplex regiert 46 / »Drecksforschung« 49 / Konzerne kaufen Wissenschaft 54

3. Schaden ohne Verantwortung – Beispiele 61

3.1. Der Klimawandel: die Energie- und Autokonzerne 61

Subventioniertes Treibhaus 63 / Konzern- und Kohlekanzlerin Merkel 66 / Klima-Lügen als Strategie 69 / Die Sprit-Lüge 74 / Peruanischer Bergbauer gegen deutschen Stromkonzern 77

3.2. Bürger müssen zahlen: die Banken 80

Bis zur Halskrause verschuldet 83 / Zocker und »besoffene« Politiker 89 / »Government Sachs« 92

3.3. Globale Diabetesepidemie: die Nahrungsmittelkonzerne 96

Brasilien: Nestlé als Wohltäter der Armen 101 / Malaysia:
Wirtschaft kapert Wissenschaft 104 / Afrika: Geschäfte
mit der Mangelernährung 106 / »Better business, better
world«? 112 / Der »Krieg« von Coke & Co. 114

3.4. Softe Diktatur: die Digitalkonzerne 119

Kontrollverlust 122 / Facebook 125 / Google 131 /
Algorithmen sind nicht neutral 134 / Digitale Polizei 137 /
Amazon 139 / Essensmarken für Amazon-Beschäftigte 141 /
Apple 143 / Ist der Geist aus der Flasche? 149

4. Haftung als Konsequenz 151

Die Architektur der Straffreiheit und die Alternativen 151 /
Die Serientäter von VW 153 / Deutsches Konzernprivileg:
Ordnungswidrigkeit statt Straftat 157 / Sammelklagen für
Verbraucher: »Komplett streichen!« 162 / Justiz ohne Mittel
165 / Der Fall DuPont: Schäden, die sich rechnen 170 /
Verantwortungs-PR 176 / Haftung und Macht 179

Was geschehen muss – eine Schlussbemerkung 181

Anmerkungen 189

Dank 237

Vorwort

Zum Zeitpunkt, als ich dieses Vorwort schreibe, steigt in Deutschland gerade wieder die Zahl der Corona-Infizierten, droht die »dritte Welle« der Pandemie. So erratisch das Krisenmanagement der Regierung auch ist, so klar zeichnet sich ab, wie die Lasten der Krise verteilt werden: Während die Luft-hansa zur Freude ihrer Aktionäre mit Milliarden von Euro gestützt wird, während Konzerne wie BMW trotz staatlicher Hilfen gleichzeitig ihre Aktionäre mit üppigen Dividenden belohnen wollen, warten kleine und mittlere Unternehmen vergeblich auf Hilfen; während beim Online-Giganten Amazon die Umsätze explodieren, sterben die Läden in den Innenstädten noch schneller; und während kommunale Krankenhäuser, die Corona-Kranke versorgen, Millionenverluste einfahren, steigern private Kliniken, die sich aus der Daseinsvorsorge verabschiedet und auf lukrative Behandlungen spezialisiert haben, ihre Renditen.

Dass das Virus alle gleichermaßen treffe, wie es zu Beginn der Pandemie oft hieß – damals wurden auch noch Krankenschwestern beklatscht –, entpuppt sich als Gerede. Das Gegenteil ist wahr: Die Krise verschärft die Ungleichheit, und zwar sowohl auf privater Ebene wie in der Wirtschaft: Diejenigen, die ohnehin schon reichlich von allem haben, werden noch größer, reicher, systemrelevanter. Die Konzentration wächst – und mit ihr die demokratiezerstörende ungleiche Verteilung

von Macht. Insofern ist die Analyse meines 2018 vorgelegten Buchs leider aktueller denn je.

Und auch ein weiterer Aspekt verknüpft meine Betrachtungen vor der Pandemie nahtlos mit dem aktuellen Geschehen in der Corona-Krise: Angesichts historisch einmaliger gigantischer Rettungsschirme und harter regulatorischer Eingriffe von Regierungen in aller Welt stellen viele Menschen zu recht die Frage, warum es keine auch nur annähernd so entschlossene politische Antworten auf die Klimakrise gibt, die ungleich existenzieller für uns ist.

Die Fridays for Future-Bewegung hat so viele Menschen wie nie zuvor auf die Straßen gebracht. Die Klimapolitik hat das aber überhaupt nicht verändert, geschweige denn die Macht der Konzerne geschwächt.

Seit 30 Jahren liegen die Instrumente für den Schutz des Klimas auf dem Tisch: CO₂-Steuer, Tempolimit, Drei-Liter-Autos, mehr Strom aus Wind und Sonne und einige mehr. Was jedoch schmerzlich fehlt ist die Debatte darüber, warum all diese Instrumente nicht schon längst so eingesetzt werden, dass sie relevante Wirkung entfalten können. Mit anderen Worten: Die Machtfrage wird nicht gestellt. Dabei ist sie der Kern der Tragödie.

In der Klimapolitik wird die Macht der Konzerne so sichtbar wie sonst nirgendwo: Durch jahrzehntelanges Leugnen der Klimaerwärmung und mit gekaufter Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Staat haben die Konzerne längst überfällige Regulierungen verwässert und verzögert. Diese Politik in gegenseitigem Einvernehmen ist charakteristisch für den symbiotisch agierenden, industriell-politischen Komplex: Die Geschäftsmodelle der Konzerne bleiben so gut wie unangetastet, während die Politik den Schein des Handelns aufrechterhalten kann. Die Konsequenz des verspäteten und halbherzigen Eingreifens ist, dass die Maßnahmen immer teurer werden, wie der milliarden schwere Kohleausstieg zeigt.

Hätte der Staat vorsorglich verantwortlich gehandelt und Ende der 1990er Jahre, spätestens Anfang des Jahrtausends, mit einer kontinuierlichen Absenkung der CO₂-Emissionen begonnen, würden wir heute nicht über den »zulässigen« Anstieg der globalen Temperatur reden, sondern über das tatsächliche *Verhindern* des Anstiegs. Gleiches gilt für den Kohleausstieg: Das seit langem absehbare Ende der Kohlkraftwerke hätte – vor 15 Jahren begonnen – relativ billig und sozialverträglich gestaltet werden können. Gleichzeitig hätte die Zunahme des regenerativen Stroms zu geringeren CO₂-Emissionen geführt und nicht wie jetzt zum klimaschädlichen Export von Kohlestrom in Nachbarländer.

Die Macht der Konzerne zeigt sich aber nicht nur in der gescheiterten Klimapolitik, sondern auch darin, wie schwach die Zivilgesellschaft in Wahrheit ist. Seit 30 Jahren warnen Umweltverbände vor der Klimakatastrophe. Wie recht sie hatten, zeigt sich mit jeder neuen Studie. Doch die Umweltverbände und die Zivilgesellschaft haben den Kampf verloren. Gegen die Interessen der Konzerne ist der Bürgerwille machtlos. Während Politiker einerseits zivilgesellschaftliches Engagement fordern und es zynischerweise auch noch loben wie im Fall der Fridays for Future-Bewegung, scheren sie sich einen Dreck um die wissenschaftlich belegten Forderungen dieser Zivilgesellschaft.

Es ist an der Zeit, dass sich Zivilgesellschaft und Umweltverbände diese Niederlage eingestehen: Die Zusammenarbeit mit den Konzernen und der Politik hat nichts Substanzielles bewirkt. Wir müssen deshalb unsere Strategie überdenken, uns selbst und den Menschen reinen Wein einschenken. Dazu gehört auch, nicht länger die angebliche »Macht des Einzelnen« zu beschwören, der mit seiner Kaufentscheidung im Supermarkt oder mit umweltschonender Mobilität doch so viel bewirken könne. Tatsächlich steht hinter dem Gerede von der »Macht des Einzelnen« nichts anderes als die Ab-

sicht, die Politik aus der notwendigen Regulierung herauszuhalten.

Diese Strategie verfolgen bedauerlicherweise auch viele Umweltverbände, die ihre Unterstützer mit positiven Botschaften bei Laune halten wollen. So sind manche Verbände schleichend zum Mitspieler im endlosen und wirkungslosen Klimakonferenz-Zirkus geworden. Ich jedenfalls empfinde es als Desaster, dass Umweltverbände den katastrophalen »Kohlekompromiss« unterzeichnet haben.

Unser System muss sich ändern. Wir brauchen einen Schritt zurück – zurück zu einer sozialen Marktwirtschaft, die diesen Namen verdient, und zurück zu einer Demokratie, in der wir nicht von Konzernen regiert werden, sondern von den gewählten Vertretern des Volkes.

Demokratie bedeutet nicht nur Delegation von Macht durch Wahlen, sondern auch Kontrolle von Macht. Daran fehlt es. Staatliche Macht und Konzernmacht müssen entflochten werden, damit staatliche Macht endlich wieder in der Lage ist, Konzerne im Sinne des Allgemeinwohls zu regulieren.

Nichts deutet darauf hin, dass diese Entflechtung stattfindet. Die Corona-Krise bietet dafür ein Fenster. Dass es genutzt wird, ist unwahrscheinlich.

Thilo Bode, im März 2021

1.

Die neue Macht

Konzerne außer Kontrolle

Als der weltgrößte Onlinehändler Amazon im Spätsommer 2017 bekanntgibt, einen Standort für eine zweite Konzernzentrale in Nordamerika zu suchen, beginnt ein wochenlanges Buhlen von 238 Städten, Regionen, Bundesstaaten und Territorien in den USA, Kanada und Puerto Rico. Amazon lässt die Bewerber wissen, man präferiere ein »wirtschaftsfreundliches Umfeld« und konkretisiert: Eine wichtige Rolle bei der Entscheidung über den Zuschlag spielen die angebotenen »Anreize« – gemeint sind damit Steuervergünstigungen, Umzugszuschüsse, Gebührennachlässe und anderes mehr. Seit dem Jahr 2000 hat der Konzern nach Recherchen von Good Jobs First annähernd 1,4 Milliarden Dollar an staatlichen Subventionen von Städten, Landkreisen und Bundesstaaten dafür eingestrichen, dass er seine Verteil- und Datenzentren bei ihnen und nicht anderswo ansiedelte.¹ Und auch diesmal soll es nach diesem Muster laufen: Investitionen und Arbeitsplätze nur gegen üppige Staatshilfe. »Amazon verkauft seine neue Firmenzentrale meistbietend«, ätzt der U.S. News & World Report und warnt die Politiker: »Beteiligen Sie sich nicht an Amazons Steuersparspiel, der Internetgigant spielt die Bewerber gegeneinander aus.«² Tatsächlich verweigern sich manche Städte demonstrativ, aber ausreichend viele beteiligen sich eben doch. Der Bundesstaat New Jersey zum Beispiel und sei-

ne größte Stadt, Newark, versprechen, im Fall der Zusage ein Fördergesetz so anzupassen, dass Amazon während der folgenden zwanzig Jahre Steuervorteile bis zu sieben Milliarden Dollar abgreifen kann. Eher putzig – und dennoch vielsagend in seiner Anbiederung – nimmt sich das Angebot einer Kleinstadt aus, einen Ortsteil in »Amazon City« umzubenennen und Konzernchef Jeff Bezos, den reichsten Mann der Welt, zum Bürgermeister auf Lebenszeit zu ernennen.³ Mayor for sale – Amt zu verkaufen.

Diesel-Deutschland ist keinen Deut besser dran. Mitte 2017 wird bekannt, dass Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) zwei Jahre zuvor den Entwurf einer Regierungserklärung »mit der Bitte um Überprüfung« an den Cheflobbyisten von Volkswagen schickte, bevor er sich in der Lage sah, im Landtag über den VW-Abgasskandal zu sprechen. Die Staatskanzlei muss einräumen, dass sie Pressemitteilungen und andere Veröffentlichungen zum VW-Skandal sogar regelmäßig mit VW abgesprochen hat, um juristische Fakten überprüfen zu lassen – ausgerechnet von jenem Konzern, der mit seinen manipulierten Motoren das Recht millionenfach verletzte. Gibt es, so fragt man sich, in der niedersächsischen Staatskanzlei keine Juristen, die ihre Faktenchecks unabhängig von VW leisten könnten?⁴ Wie sich in der Affäre dann noch herausstellt, hat auch die schwarzgelbe Vorgängerregierung Formulierungen mit VW abgesprochen. Wenn gilt, was ein CDU-Oberer über den ertappten SPD-Ministerpräsidenten sagt – der habe sich zum »Handlanger eines VW-Vorstandsvorsitzenden« gemacht –, dann müssen wohl alle Vorgänger in der Hannover'schen Staatskanzlei als »Handlanger« von VW gelten.⁵ Inklusiv Sigmar Gabriel (SPD), der selbst einmal Ministerpräsident von Niedersachsen war.

Denn nur wenige Wochen nach der aufgeflogenen Abstimmung mit VW, als es in Brüssel um schärfere CO₂-Grenzwerte für Pkw geht,⁶ schreibt Sigmar Gabriel, obwohl damals Au-

ßenminister, an den EU-Klimakommissar: Er fordert »genügend Freiraum« für die deutsche Automobilindustrie, deren »Innovationskraft« dürfe »nicht durch zu eng gestrickte EU-Gesetzgebung erstickt« werden.⁷ Man wusste schon immer, dass für Gabriel die Interessen von VW ganz oben standen. Neu war in diesem Fall, dass er gar nicht mehr wahrzunehmen schien, wie ihm dabei die Metaphorik entglitt: »Freiraum« für die »Innovationskraft« einer Branche zu fordern, die ihre unternehmerische Freiheit für die »Innovation« einer millionenfach eingesetzten Betrugssoftware missbrauchte – darauf musste Gabriel erst mal kommen; und vor Gesetzen zu warnen, die Autobauer »ersticken«, war nur noch geschmacklos, wo es um geschädigte Atemwege und Lungen durch Abgase aus manipulierten Motoren ging.⁸

Politiker, die Konzerninteressen über Bürger- und Verbraucherinteressen stellen, sind leider etwas, woran man sich zu gewöhnen droht. Umso wichtiger ist es, die Hintergründe auszuleuchten, in denen sich Politik und Wirtschaft gefährlich vermengen. Ein weiteres Beispiel: Als es Mitte 2017 um die Übernahme der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin geht, bekommt das private Unternehmen nicht nur einen 150-Millionen-Euro-Überbrückungskredit der Bundesregierung, der zu großen Teilen verlorengegangen sein dürfte;⁹ zudem sprechen sich zahlreiche Politiker dafür aus, dass der innerdeutsche Beinahe-Monopolist Lufthansa den Zuschlag für die Reste von Air Berlin erhalten solle. Das Argument: Deutschland brauche nun mal einen »nationalen Champion«. Jeder Ökonom weiß, dass das wettbewerbspolitisch blanker Unsinn ist: Kein Fluggast, kein Geschäftspartner wünschen sich einen von der Politik protegierten »nationalen Airline-Champion« – es wäre nur zu ihrem Schaden. Daniel Zimmer, ehemaliger Vorsitzender der Monopolkommission, warnt denn auch mit deutlichen Worten vor einer Komplettübernahme durch Lufthansa, deren enorme Marktmacht dadurch weiter steigen

würde: »Ich habe den Eindruck, dass wir in Deutschland eine bedenkliche Nähe mancher führender Politiker zu den Leitungen großer Unternehmen haben (...) Diese Politiker merken vielleicht zum Teil nicht einmal, dass sie gerade der Entstehung eines Monopols das Wort reden, das zur Ausbeutung der eigenen Bevölkerung in diesem Falle durch überhöhte Ticket-Preise führen würde.«¹⁰

Amazon, VW, Lufthansa – drei fast beliebig herausgegriffene Beispiele aus jüngster Zeit, die als erste Belege für die Entwicklung dienen sollen, die in diesem Buch beschrieben wird: Große transnationale Konzerne sind immer besser in der Lage, ihre wachsende Marktmacht zu instrumentalisieren und in politische Macht zu transformieren. Immer erfolgreicher sind sie darin, ihre eigenen Interessen gegen die Ansprüche der Gesellschaft durchzusetzen. Ein beunruhigender Befund, der es notwendig macht, genauer hinzuschauen.

Zum Beispiel auf internationale Handels- und Investitionsschutzabkommen, die solchen transnationalen Unternehmen das Sonderrecht einräumen, vor privaten Schiedsgerichten Schadensersatzklagen gegen Regierungen des Gastlandes anzustrengen. Auf diese Weise halten sie den Staat von Regulierungen für das Allgemeinwohl ab, wie es im gescheiterten Freihandelsabkommen TTIP vorgesehen war und im CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada realisiert wurde. Allein die Androhung von Schadensersatzklagen hat Regierungen oder Kommunen schon einknicken und von Regulierungsvorhaben Abstand nehmen lassen. In einer Studie¹¹ von 2016 zeigen zwei kanadische Wissenschaftler, dass in 214 untersuchten Investor-Staat-Klagen »extra große« Unternehmen (Jahresumsatz über 10 Mrd. US-Dollar) und große Unternehmen (zwischen 1 und 10 Mrd. US-Dollar Umsatz) von den beklagten Staaten Entschädigungen in Höhe von 7,5 Milliarden Dollar erhielten und »superreiche« Einzelpersonen weitere rund 1,1 Milliarden Dollar. Demgegenüber erstritten Firmen und Einzelpersonen

von geringerer Größe »nur« eine Entschädigungssumme von insgesamt rund 600 Millionen Dollar. Bitter daran ist, dass für die höchst fragwürdigen privaten Schiedsgerichte stets mit dem Argument geworben wird, sie würden Rechtssicherheit gerade für kleinere Firmen herstellen. Tatsächlich liest sich die Liste in der Studie jedoch wie ein »Who is who« der internationalen Großkonzerne: Occidental Petroleum (USA) gegen Ecuador (Entschädigung plus Zinsen: 2,4 Mrd. Dollar), Mobil (Niederlande) gegen Venezuela (2,1 Mrd.), EDF (Belgien, Frankreich) gegen Argentinien (205 Mio.), Siemens gegen Argentinien (278 Mio.), Cargill (USA) gegen Mexiko (86 Mio.), Deutsche Bank gegen Sri Lanka (70 Mio.) ...

Eigene Interessen über die Ansprüche der Gesellschaft zu stellen – das kennt man auch von der Finanzbranche. Bei ihr handelt es sich zweifellos um eine Macht im Staat, die diese Macht weidlich auslebt – Finanzkrise hin oder her. Kaum beachtet feierte sie im Herbst 2017 einen großen Erfolg: »Heimlich und verschämt«, notierte das Handelsblatt, zog die EU-Kommission ihren Entwurf für ein Trennbanken-Gesetz zurück – es hätte große Geldhäuser gezwungen, riskante Manöver im Wertpapierhandel vom klassischen Bankgeschäft mit Einlagen und Krediten zu trennen. Damit sollte eine Lehre aus der Finanzkrise 2008 gezogen werden, als zockende Banken durch viele Steuermilliarden mit der Behauptung gerettet wurden, sie seien »too big to fail« – zu groß, zu »systemrelevant«. ¹² Zeitgleich jubelte auch die Finanzbranche in den USA, diesmal, weil der US-Senat Sammelklagen gegen Banken und Kreditkartenunternehmen verbot. Seither müssen ihre Kunden im Streitfall vor privaten Schiedsstellen verhandeln anstatt vor ordentlichen Gerichten. »Ein großer Rückschlag für jeden Kunden in diesem Land. Die Wall Street hat gewonnen, normale Menschen stehen als Verlierer da«, kommentierte der inzwischen ausgeschiedene Chef der US-Verbraucherschutzbehörde CFPB. ¹³

Oft sind derlei politische Entscheidungen, die negative Konsequenzen für Millionen von Menschen haben, nicht das Ergebnis öffentlich ausgetragener Debatten. Sie werden in vertraulichen Gesprächen vorbereitet, die nur durch Leaks ans Licht kommen oder wenn zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Veröffentlichung einklagen. So wie die US-Organisation American Oversight, die Ende 2017 den Terminkalender von Scott Pruitt öffentlich machte.¹⁴ Scott Pruitt war der Chef der US-Umweltschutzbehörde E.P.A., bis er Anfang Juli wegen Korruptionsvorwürfen zurücktrat. Pruitt ist ein ausgewiesener Freund und Spendenempfänger der Öl- und Gasförderer, der im Auftrag von Donald Trump den umweltpolitischen Rollback im Land organisierte.¹⁵ Er hat kritische Wissenschaftler seiner Behörde entlassen, Führungspositionen mit Leugnern des Klimawandels besetzt und viele Umweltstandards abgeschafft oder eingefroren;¹⁶ so unterzeichnete er etwa die formelle Ankündigung zum Ausstieg aus Barack Obamas Klimaschutzplan.¹⁷ Wie Pruitts Terminkalender zeigt, traf er sich in den ersten Monaten seiner Amtszeit so gut wie nie mit Umwelt- und Verbraucherschützern, dafür umso öfter mit Wirtschaftsvertretern aus Branchen, die er regulieren sollte – Pruitt galt als ihr oberster Lobbyist. Zu seinen Gesprächspartnern gehörten fast täglich die Manager großer Kraftwerks- und Kohleminenbetreiber, von Chemie- und Pestizidfirmen, darunter das deutsche Unternehmen Bayer CropScience.

Doch auch die internationale Automobilindustrie ließ sich mehrfach Pruitts Ohr. Gleich nach seinem Amtsantritt forderte sie ihn in einem Brief auf, die geplanten strengeren Abgasregeln zurückzuziehen, andernfalls seien 1,1 Millionen Arbeitsplätze bedroht.¹⁸ Zwei Monate später sprachen die Absender persönlich bei ihm vor, darunter laut Pruitts Terminkalender die Chefs von Ford, General Motors, Toyota, Mercedes Benz, VW, BMW und Porsche. Der BMW-Vorstandsvorsitzende Harald Krüger bekam sogar einen weiteren Exklusivtermin.

Im Fall des Anti-Umweltschützers Pruitt war der Hinweis auf die angeblich bedrohten Arbeitsplätze sicher unnötig. Aber die offene Demonstration des Erpressungspotentials gehört zum strategischen Repertoire der Konzerne. Wenn der frühere VW-Chef Matthias Müller sein Unternehmen als »systemrelevant« bezeichnet – also bewusst jenen Begriff verwendet, mit dem während der Finanzkrise die Rettung maroder Banken durch Steuergelder gerechtfertigt wurde –, dann baut er unverfroren eine Drohkulisse auf, mit der die Autobosse in Sachen Dieselgate die deutsche Politik seit Jahren höchst effektiv vorführen.

Schon diese wenigen, schlaglichtartigen Beispiele legen die Fragen nahe: Wer regiert uns eigentlich? Sind es noch unsere Regierungen? Oder sind es einige zehntausend transnationale Unternehmen, die sich im Zuge der Globalisierung in allen Erdteilen ausgebreitet haben? Wie kommt es, dass diese Konzerne so viel Macht haben und die Regierungen offensichtlich zu wenig? Und wie funktioniert diese Macht und welche Folgen erwachsen daraus?